

BFW 2017 Beiträge der RednerInnen

Es gilt das gesprochene Wort

Claudia Haydt: Zivile Konfliktlösung - aber wie?

Claudia Haydt, Vorstandsmitglied Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. www.imi-online.de

Neun Schritte in Richtung Frieden

Rede beim Bodensee Friedensweg am 17.04.2017

Eine gute Nachricht gab es in den letzten Tagen: In Deutschland sind immer weniger junge Menschen davon überzeugt, dass die Erlernung des Kriegshandwerks eine gute Karriereentscheidung ist. Vor wenigen Tagen beklagte deswegen Ursula von der Leyen, ein „gigantisches Personalproblem“ der Bundeswehr.

... und das ist auch gut so.

Ein wichtiger erster Schritt zur zivilen Bearbeitung von Konflikten ist, dass diejenigen die die Waffen tragen sollen, Alternativen erkennen und ergreifen können. Dazu gehören Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen,. Dazu gehört, dass in jedem Flüchtlingslager ganz selbstverständlich neben der Versorgung mit Nahrung und Gesundheit auch ausreichend Bildungsangebote vorhanden sein müssen.

Es ist eine Schande, dass dafür immer wieder das Geld fehlt, während eine neue Aufrüstungswelle nach der anderen geplant ist.

Investiert in Bildung nicht in Waffen!

In jedem Krieg gibt es zum Glück Menschen die nicht kämpfen, die nicht töten wollen. Diese Deserteure sind die wahren Helden. Wenn all diejenigen, die dem Krieg den Rücken zukehren, wissen dass es Orte gibt, wo sie Zuflucht finden, dann kann ihr Beispiel schnell Schule machen. Desertion muss ein Asylgrund sein.

Konflikte wird es immer geben und Interessenskollisionen wird es immer geben. Das stimmt. Aber das bedeutet nicht, dass es immer Kriege und Bürgerkriege geben muss. Ein wesentlicher Schritt wegen von der Barbarei des Krieges ist die Stärkung des Rechtes, der Schutz von Menschenrechten und die Stärkung des internationalen Rechtes, des sogenannten Völkerrechtes.

An dieser Stelle ist es notwendig, dass die reichen und mächtigen Staaten des Nordens mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn die Mächtigen sichtbar über dem Gesetz stehen, dann zerstören sie dessen Glaubwürdigkeit.

Ich möchte konkret werden: Der Einsatz von Chemiewaffen verstößt gegen Völkerrecht. Es verstößt aber auch gegen das Völkerrecht, wenn aus dem blauen Himmel heraus, Killerdrohnen auf nicht erklärten Schlachtfeldern Menschen ermorden. Es ist rechtswidrig, wenn mit der „Mutter aller Bomben“ in einem Radius von einer Meile alles zerstört und alle getötet werden.

All dies muss aufhören.

Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, egal woher sie kommen. Ich denke dabei gar nicht in aller erster Linie an Verurteilungen vor dem internationalen Strafgerichtshof. Ich denke an eine ehrliche Aufarbeitung von Verbrechen. Die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südafrika sind ein guter Ansatz.

Es gibt übrigens viele positive Aussöhnungs-Prozesse von denen wir lernen können. Nordirland, Kolumbien, der Atomstreit mit dem Iran - um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Auch hier, in der Deutschland, in der NATO in der EU ist eine Aufarbeitung der eigenen Verantwortung dringend nötig. Die kritische Ärzteorganisation IPPNW berechnete, dass allein die ersten zehn Jahre des so genannten Krieges gegen den Terror etwa 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. In Afghanistan, in Pakistan und im Irak.

Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Wenn wir nicht zur Kenntnis nehmen, wie barbarisch die westliche Kriegspolitik ist, dann werden die gleichen Fehler immer weiter fortgesetzt. Terror ist barbarisch, doch der Westen schafft mit seiner Interventionspolitik immer neue Rekrutierungshilfen für Terrororganisationen. Ja. Die westliche Interventionspolitik wird durch viele der Betroffenen als Terror wahrgenommen. Deswegen dürfen wir auch nicht schweigen, nicht zu den Massakern an überwiegend sunnitische Bevölkerung in Mossul und nicht zum drohenden Hungertod von Millionen im Jemen.

Krieg ist keine Lösung. Krieg ist Teil des Problems!

Diplomatie ist kein Wundermittel und es gibt keine magische Formel die von heute auf morgen überall Frieden bringt, aber es gibt Schritte zur Deeskalation und zur Vertrauensbildung die aus der gewaltsamen Konfrontation herausführen. Ich möchte hier beispielhaft neun Schritte nennen:

1. Immer die Interessen der jeweils anderen Seite mit denken. Das kann uns aus der Konfrontation mit Russland herausführen, das kann auch die Konfrontation mit Nordkorea entspannen.

Sicherheit lässt sich nicht gegen andere aber durchaus mit anderen erzielen. Das gilt überall auf der Welt und es ist Aufgabe der reichen und mächtigen Staaten hier mit gutem Beispiel voran zu gehen. Friedensverhandlungen führt man in der Regel nicht mit Freunden, sondern manchmal auch mit sehr unappetitlichen Gestalten. Sie sind dennoch beziehungsweise genau deswegen nötig.

Tausend Tage Verhandlungen sind dabei immer besser als eine Stunde Bombardieren.

2. Aufrüstung - egal wo – ist das denkbar falsche Signal. Es trägt auch nicht zum Frieden bei, in einem Bürgerkrieg eine, wie auch immer „gute“, Seite aufzurüsten und auszubilden. Wir sehen immer wieder, dass schlussendlich auch die Waffen in den angeblich „richtigen“ Händen töten und den Bürgerkrieg verlängern.
3. Nötig ist stattdessen alles zu tun um zivile Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um ökonomische Alternativen zu Kriegsökonomie zu eröffnen. Konkret: schrankenloser Freihandel trägt mit zur Eskalation bei. Er spült den Kriegsherren das Geld in die Hände, wenn sie die Rohstoffquellen kontrollieren und diese auf den Weltmärkten verschachern. Egal ob es um Tropenholz, Diamanten, Gold oder wertvolle Erze geht, es liegt an uns dafür zu sorgen, dass solche blutigen Rohstoffe nicht mehr hier gehandelt werden können.
4. Es hilft leider auch wenig, wenn mit viel Entwicklungshilfegeldern, Kleinlandwirte gefördert und Handwerksbetriebe aufgebaut werden - z.B. in Afghanistan – und dann durch internationale Berater die Gesetze im Land so geändert werden, dass Billigprodukte aus Europa und China diesen Kleingewerbetreibenden durch ihre Konkurrenz den Garaus machen. Wenn nachholende Entwicklung nicht möglich ist, dann ist die Spirale aus Armut und Krieg schwer zu durchbrechen. Wir brauchen fairen Handel.
5. Unfair ist es auch, wenn die reichen Staaten den fruchtbaren Grund und Boden in armen Regionen zu Schleuderpreisen aufkaufen. So haben die Länder des Südens keine Chance die Lebensmittel zu produzieren, die zum Überleben nötig sind und der Konflikt um das verbleibende Land und die schwindenden Wasservorräte führt zu noch mehr Bürgerkriegen zwischen schwachen und schwächeren Gruppen.

Dieser Landraub muss beendet werden. Lebensmittel dürfen nicht mehr an den internationalen Börsen gehandelt werden.

Spekulation mit überlebensnotwendigen Gütern ist obszön. Genauso wie der gigantische Reichtum einiger weniger.

6. Wir dürfen nie vergessen, die Grundlage für den Reichtum des Nordens legte der Kolonialismus. Und noch heute fließen trotz aller Entwicklungshilfe wesentlich mehr Gelder

aus dem Süden in den Norden als umgekehrt. Ein großzügiger Schuldenschnitt und faire Preise für fair gehandelte Rohstoffe. Das ist Armutsbekämpfung, das ist Antikriegspolitik aber vor allem ist es ein Stück Gerechtigkeit.

7. Auch eine andere Umweltpolitik trägt zur Bearbeitung von Konflikten bei. Der Klimawandel trifft die ärmsten Regionen am stärksten, durch Überschwemmungen in den einen Regionen und durch zunehmende Dürreperioden in den anderen Regionen. Dass Trump den Klimawandel leugnet, das gibt uns hier noch lange nicht das Recht immer mehr spritfressende Autos zukaufen und am Klimakiller Kohle fest zuhalten. Respekt vor der Natur, ist Respekt vor dem Menschen und ebenfalls ein Stück Friedenspolitik. Auch hier gilt: wir können und wir müssen mit gutem Beispiel voran gehen.
8. Es gibt keinen Grund zu westlicher Arroganz gegenüber dem „Rest der Welt“. Es gibt kein Grund zur Annahme, dass wir zivilisierter oder fortschrittlicher sind und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass Menschenleben unterschiedlich viel wert sind. Doch genau diese Arroganz verführt zu der Annahme, dass kriegerische Interventionen Lösungen bringen. Niemand würde ernsthaft vorschlagen, dass wir die Börsen dieser Welt bombardieren sollten, auch wenn sie durch ihre Spekulationspolitik für tausendfachen Hungertod oder für das Sterben an behandelbaren Krankheiten mit verantwortlich sind. Damit kein Missverständnis aufkommt: ich schlage das auch nicht vor. Wir schlagen es nicht vor, weil wir wissen, dass sich hier Strukturen, dass sich hier Politik verändern muss. Das gleiche gilt wohl überall auf der Welt. Jeder Tote ist ein Toter zu viel.
9. Jeder Krieg braucht Feindbilder, nicht selten kombiniert mit rassistischen Vorurteilen. Doch die Gegner sind nicht die Angehörigen fremder Kulturen, die Gegner sind die Profiteure der Kriege, die Ausbeuter und Unterdrücker dieser Welt. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, nicht nach Hautfarbe, nicht nach Sprache oder Religion. Was banal klingt, ist heute wichtiger denn je: jedes Menschenleben ist gleich viel wert.

Wie schon gesagt: Das Musterrezept für den Frieden gibt es nicht. Aber es gibt Wege raus aus der Spirale der Gewalt.

Die sind Stärkung des Rechtes, Abrüstung, Stopp von Rüstungsexporten und militärischen Auslandseinsätzen, Unterstützung von Deserteuren, gerechter Welthandel, eine bessere Klimapolitik. Aber vor allem lasst uns aufhören uns gegenseitig als Feinde zu sehen. Lasst uns aufhören Kriege vorzubereiten.

„Die Waffen nieder!“ ist heute dringlicher denn je.

Claudia Friedl, Nationalrätin St. Gallen

Europa und die Solidarität mit den Menschen in der Osttürkei

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde

Es ist eingetreten, vor dem wir uns gefürchtet haben: Das Verfassungsreferendum in der Türkei ist angenommen worden. Die Repressionen gegen die Opposition, die Einschüchterung ganz normaler Leute und die Beschneidung der Medienfreiheit haben ihre Wirkung erzielt. Jetzt wird die Macht von Erdogan und seiner AKP massiv ausgebaut, die Türkei droht zur Diktatur zu werden. Die Situation für die Kurdinnen und Kurden und für die Oppositionellen wird noch schwieriger werden. Unsere Solidarität mit ihnen ist wichtiger denn je!

Letzten Juni besuchte uns im Bundeshaus in Bern Selahattin Demirtas, der Co-Präsident der prokurdischen Partei HDP. Der Besuch galt als «heikel» und «brisant». Denn kurz davor hatte Präsident Erdogan veranlasst, die Immunität von Demirtas und 137 weiteren missliebigen türkischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufzuheben, fast alles Kurdinnen und Kurden. Dies war ein neuer, repressiver Höhepunkt. Denn seit dem Wahlerfolg der HDP 2015 hatte Erdogan den laufenden Friedensprozess mit den Kurden als beendet erklärt. Es folgten Repressionen gegen die Behörden und die Bevölkerung in den kurdischen Städten der Osttürkei. Ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung schlugen die staatlichen Sicherheitskräfte zu, um angebliche Terroristen zu vernichten. Es folgten Ausgangssperren, massive Zerstörungen von ganzen Stadtteilen und tausende Enteignungen. Über 400'000 Menschen wurden in ihrem eigenen Land vertrieben. Gemäss Menschenrechtsvertretern wurden bei den Unruhen über 600 Zivilisten getötet, darunter viele junge Männer. Auf diese Missstände wies Demirtas bei seinem Besuch in Bern hin, auf die systematische Zerstörung der offenen, multikulturellen Gesellschaftsstrukturen in den kurdischen Städten. Aber auch auf die Situation in Istanbul, wo Erdogan brutal gegen die friedliche Gezi-Park-Bewegung vorging. Und er rief den Westen auf, Solidarität mit den gewaltfrei für ihre Rechte einstehenden Menschen in der Türkei zu zeigen.

Zwei Wochen nach seinem Besuch reiste ich mit einer kleinen Gruppe in die Stadt Diyarbakir in der Osttürkei. Wir besuchten 10 NGOs und trafen zahlreiche politische Verantwortliche der verschiedenen Behörden. Was wir sahen, bestätigte das, was uns zuvor geschildert wurde: Repression, Zerstörung, Ohnmacht. Hinter verbarrikadierten Zufahrten hörten wir die Bulldozer, die ganze Stadtteile platt walzten. Die Bazarstrassen, wo normalerweise das Leben pulsierte, waren fast menschenleer. Ohnmacht bei den Behördenmitgliedern darüber, dass jeglicher Dialog von Ankara verweigert werde, dass die Situation vor allem für die Jungen immer schwieriger werde und eine Eskalation immer wahrscheinlicher. Niemand jammerte, aber alle forderten uns auf, Solidarität mit ihnen zu zeigen. Europa solle auf die bedrohliche Situation in diesem Landesteil hinweisen. Ich frage mich heute, haben wir dies genug getan? Ich sage beschämt, nein.

Zwei Wochen nach unserer Rückkehr aus Diyarbakir fand der Putschversuch statt. Eine kaum vorstellbare Repressionswelle der Regierung überrollte das ganze Land. Plötzlich waren 10'000de Menschen Staatsfeinde. Der Lehrer von nebenan, die Staatsanwältin von gegenüber, der Polizist vom nächsten Posten. Erschrocken mussten wir feststellen, dass die Säuberungswelle sich nun über das ganze Land zog - wie vorher schon über die Südosttürkei. Fast alle Personen, die wir letzten Juni in Diyarbakir getroffen haben, sind mittlerweile ihres Amtes enthoben oder inhaftiert, genauso wie landesweit tausende kritische Kräfte aus Politik und Zivilgesellschaft, Intellektuelle und Journalistinnen und Journalisten. 190 Medienhäuser sind geschlossen und Hunderte NGOs, die sich für Menschenrechte, Frauenrechte, Kurdenrechte einsetzen, sind verboten worden. Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden heute daran gehindert, ihr Amt auszuüben, viele sind zu jahrelangen Strafen verurteilt worden. Die Medien- und Meinungsfreiheit wird unterdrückt, die Demokratie mit Füßen getreten, die Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt. Es ist unbestritten: Wer in der Türkei einen Putschversuch anzettelt oder Terroranschläge verübt, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Bloss: Präsident Erdogan nutzt dies als Vorwand, um gleichzeitig die Opposition mundtot zu machen.

Und Erdogans Arm ist lang. Auch hier bei uns werden türkische Menschen ausspioniert und unter Druck gesetzt und es wird zur Denunziation aufgerufen. Aber wir lassen keine Spaltung der türkischen Bevölkerung hier bei uns zu. Wir wollen uns gemeinsam einsetzen für Demokratie und für die Respektierung der Menschenrechte, hier bei uns und in der Türkei.

Die Situation der Inhaftierten in den türkischen Gefängnissen ist dramatisch. So dramatisch, dass über 170 politische Gefangene seit Februar in einen Hungerstreik getreten sind. Ihr Ziel ist der Protest gegen die Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen und das totalitäre System in der Türkei. Zudem verlangen sie, dass der Friedensprozess mit den Kurden wieder in Gang gesetzt wird. Es muss rasch gehandelt werden, viele der streikenden Frauen und Männer sind in einem ernsthaften gesundheitlichen Zustand.

- **Wir fordern deshalb die Türkei auf, alle politischen Häftlinge und alle Oppositionellen, Journalisten und Journalistinnen sowie Menschenrechtsvertreterinnen und -vertreter frei zu lassen.**
- **Wir fordern, dass Delegationen des IKRK und des Antifolterkomitees Zugang zu den Gefängnissen erhalten und die Haftbedingungen sofort verbessert werden.**
- **Wir fordern, dass die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder hergestellt und gestärkt werden.**
- **Wir fordern, dass die Repression gegen das kurdische Volk gestoppt wird und die demokratisch gewählten Bürgermeister und Bürgermeister wieder eingesetzt werden.**
- **Wir fordern, dass der Krieg in der Osttürkei und Syrien beendet wird.**
- **Wir fordern von unseren Regierungen, dass sie Erdogan unmissverständlich auffordern, die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und demokratischen Grundrechte wieder einzuhalten.**
- **Wir fordern unsere Bevölkerung auf, zeigt Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden und den verfolgten Oppositionellen.**

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, zeigen wir an diesem Ostermarsch Solidarität mit den Menschen in der Osttürkei und setzen wir uns ein für eine Zukunft mit mehr Frieden, Freiheit und Menschenrechte!

Abschlusskundgebung:

Andreas Zumach: Friedenskultur entwickeln – eine Herausforderung für uns alle

Abschrift der Tonbandaufnahme folgt